

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 99.

Dienstag, den 29. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Internationale der Kanonenkönige.

Der Kriegsminister v. Heeringen hat im Reichstage den unglücklichen Versuch gemacht, der Firma Krupp das Zeugnis ausstellen zu wollen, daß Deutschland ihr so viel zu verdanken habe. In Wirklichkeit hat diese Firma sich niemals von anderen Motiven leiten lassen als von denen eines möglichst hohen Gewinnes. Das Sprichwort, daß Geld nicht riecht, hat selten jemand so gut verstanden wie diese Blüte des internationalen Kapitalismus.

Die Firma Krupp, das muß ein für allemal festgestellt werden, hat sich niemals in der langen Zeit ihres Bestehens von irgendwelchen Rücksichten auf das Interesse Deutschlands leiten lassen. Kruppische Kanonen haben Söhne des deutschen Volkes in China niedergemetzelt und Kruppische Kanonen sind unmittelbar vor dem Kriege von 1870 Frankreich angeboten worden; Jahre sind inzwischen verfloßen, aber Krupp ist sich treu geblieben.

Doch nein, er hat sich vervollkommnet, er hat von der Konkurrenz gelernt. Die Lorbeeren, die sich seine Kollegin, die Firma Schneider u. Cie., in der Blünderung des französischen und anderer Staatsbudgets erworben hat, haben ihn nicht schlafen lassen. Der eine wollte mehr Geld verdienen als der andere, sie unterboten sich und kamen schließlich zur Erkenntnis, daß sie auf falschen Wegen wandelten. Im Interesse ihrer und anderer Nationen schlossen sie deswegen ein Bündnis. Und in ihrer Begeisterung für die Verbrüderung der Völker, für den wahren Internationalismus, riefen sie die anderen, noch abseits stehenden, die von England und von Amerika hinzu. So wurde das Schug- und Truhnbündnis geschlossen, das den Edlen ihrer respektiven Nationen von nun an die Sicherheit gab, unter sich ungestört den Raub zu teilen.

Auf Grund einwandfreier und nicht widerlegter Informationen hat unser französischer Genosse Morizet festgestellt, daß es im November 1899 war, als sie sich zusammensanden, um den Vertrag zu besiegeln. Das Geheimnis der Verschworenen konnte leicht bewahrt werden, denn sie waren nicht zahlreich. Sie bildeten vier Gruppen:

1. Die deutsche Gruppe, nämlich Krupp und die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke;
2. Die französische Gruppe: Schneider u. Cie. (Le Creusot), Marine-Homécourt (Saint-Chamond) und Châtillon-Commentry;
3. Die englische Gruppe: Wickers, Maxim, Cammel Laird, John Brown;
4. Die amerikanische Gruppe: Carnegie, Bethlehem.

Für jede dieser vier Gruppen wurde ein Haupt bestimmt, Krupp für Deutschland, Schneider für Frankreich, Wickers für England; Amerika ließ sich gleichfalls durch Wickers vertreten.

Der in der Ausbeutung erfahrenste war Schneider von Creusot. Eine lange Praxis in seinem Lande hatte ihn gelehrt, mit dem geringsten Aufwand von Kraft die höchste Leistung vom Staatsbudget zu erreichen. Hatte er doch erfolgreich, bevor er sich dem Internationalismus zuwandte, die Organisation der nationalen Verteidigung in die Hand genommen! Wie hatte er es verstanden, unter den Mitgliedern eines französischen Konsortiums die Lieferungen von Panzerplatten zu verteilen! Auf Grund seiner Erfahrungen wurde er zum Oberhaupt, zum Sekretär ernannt.

Der Vertrag war sehr einfach und wurde in gewöhnlicher Weise innegehalten. Wurde von irgendeinem Staate ein Auftrag ausgeschrieben, so setzte das Sekretariat einen „Standard price“, einen Normalpreis fest. Bei Beginn des Wirkens der Kanoneninternationale wurde alsdann einer der Mitverschworenen durch das Los bestimmt, ein Gebot abzugeben, das etwas höher als der „Standard price“ war. Später wurde die Reihenfolge der sich Bewerbenden im voraus festgesetzt. Die anderen Firmen mußten mit höheren Preisen und längeren Fristen submittieren. Nachdem das Geschäft zustande gekommen ist, wird nach den Bestimmungen des Vertrages der Verdienst geteilt. Jede Gruppe muß für die von ihren Mitgliedern erhaltenen Lieferungen 30 Prozent des Betrages dem Sekretär, Herrn Schneider, abliefern. Alle drei Monate wird der Vertrag unter sämtliche Mitglieder verteilt, und zwar erhielten hier von anfangs die französische und englische Gruppe je drei Zehntel, die deutsche und amerikanische Gruppe je zwei Zehntel. Innerhalb der Gruppen fand eine weitere Verteilung durch die Häupter jeder Gruppe, in Deutschland also durch Krupp statt.

Im Jahre 1902 trat die Gesellschaft Armstrong in Newcastle der Vereinbarung bei. Der Anteil der englischen Gruppe wurde von $\frac{3}{10}$ auf $\frac{1}{11}$ erhöht.

Das Jahr 1905 sah das englische Haus Beardmore Mitglied werden und England nahm für sich einen Anteil von $\frac{5}{12}$ in Anspruch.

Auch Amerika machte Fortschritte. Im Jahre 1907 wurde die Firma Midvale Steel zugelassen und man reservierte den Amerikanern nunmehr sämtliche Lieferungen für den neuen Kontinent. Die gemeinliche Kasse erhielt von ihnen nur noch die Beträge aus ihren Lieferungen nach Europa.

Mit dem 30. April dieses Jahres geht der Vertrag zu Ende. Von neuem wird eine in den Annalen des Internationalismus denkwürdige Zusammenkunft stattfinden. Krupp von Deutschland, Schneider von Frankreich, Wickers von England werden sich wiederum einfinden, sich die Hände schütteln und verständnisvoll über diejenigen lachen, die nicht alle werden und die ihnen die Taschen füllen. Und sie werden dieses Mal auch noch italienische und japanische Panzerplatten- und Kanonenpatrioten in ihren Bund aufnehmen. Acht Tage später aber wird Herr v. Heeringen dem andächtig zuhörenden Volke wiederum erzählen, was es alles dem Hause Krupp zu verdanken habe und wie diese patriotische Kanonenfabrik nur zum Nutzen der deutschen Nation arbeite.

Maifeier 1913.

Die Maifeier des Jahres 1913 soll eine machtvolle Kundgebung werden:

Für das Recht der Arbeit!

Für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung!

Für den Völkerfrieden!

Für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Keiner bleibe zurück! Keiner stehe abseits!

Einmütig, friedlich, entschlossen und zielbewußt demonstriert die Arbeiterklasse für ihre Forderungen, die der Menschheit eine höhere Kultur bringen sollen, indem sie den Arbeiter zum Kulturmenschen machen.

Darum heraus und heran zur Maifeier!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ferien.

In einer letzten Dauer Sitzung hat der Reichstag die dritte Lesung des Etats zu Ende geführt, und die Volksvertreter haben die Pfingstferien begonnen, aus denen sie am 26. Mai zurückkehren sollen. Inzwischen soll die Budgetkommission die Wehrevorlage soweit durchgearbeitet haben, daß ihre zweite Lesung in Angriff genommen werden kann.

Noch an diesem allerletzten Tage versuchte die Regierung die Abstriche, die in der zweiten Lesung vorgenommen worden waren, ausheben zu lassen. Aber ihr Angriff wurde jedesmal abgeblasen. Wiederholt in namentlicher Abstimmung bei den Dismarkenzulagen, ebenso in der Frage des sechsten Reichsanwalts hielt die Mehrheit des Hauses ihre Auffassung aufrecht.

Zu einem sehr interessanten und politisch höchst wichtigen Intermezzo kam es noch bei der Beratung des Reichsjustizetats. Der Reichskanzler hatte in der zweiten Lesung der Sozialdemokratie Bekämpfung der Religion vorgeworfen und sich hierbei auf einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ berufen. Er hatte in diesem Zusammenhang sogar erwähnt, daß er den Artikel dem Reichsjustizamt übergeben habe mit dem Ersuchen um ein Gutachten für eine eventuelle Strafverfolgung. Inzwischen hatte er dem Genossen Dr. Lensch mündlich mitteilen lassen, daß er bei Kennung der „Leipziger Volkszeitung“ sich allerdings geirrt habe, aber zu einer öffentlichen Zurücknahme seines Vorwurfs hatte er sich nicht bewegen ge-

hört. In der gestrigen Sitzung wurde nun durch das Eingreifen der Genossen Dr. Lensch und Heine festgestellt, einmal, daß dieser Artikel garnicht existiert, und dann — wie der Staatssekretär des Reichsjustizamts Herr Dr. Lisco zugeben mußte — daß in der Tat der Reichskanzler sich an ihn — mit dem angeführten Ersuchen garnicht gewandt habe! Man hatte den Kanzler bisher für einen Philosophen gehalten. Daß er auch eine so lebhaft dichterische Phantasie besitzt, hatte ihm niemand zugekannt. . . . Die Debatte war für die Vertreter der Regierung, namentlich aber für den Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der seinen Chef zu retten suchte, unerhört blamabel. Herr Wahnschaffe konnte tatsächlich, so oft er sprach, nur auf mildernde Umstände plädieren. Vergeblich versuchten nach einander Graf Westarp und Herr Mumm noch aus ganz anderen Gebieten als aus denen der sozialdemokratischen Preßliteratur „Beweise“ für die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie heranzuholen, die Blamage bleibt bestehen, und Genosse Haase konnte in einem ernsten Schlusswort die prinzipielle und praktische Haltung der Sozialdemokratie zu den Fragen des Glaubens feststellen.

Beim Reichsmarineamt kritisierte Genosse Albrecht die beklagenswerten Verhältnisse in den Bekleidungsämtern, beim Reichseisenbahnamt befaßten sich die Genossen Baudert und Ulrich mit der unglückseligen Vorherrschafft Preußens im deutschen Eisenbahnwesen und beim Postetat brachte Genosse Zubeil noch eine Reihe ernster Beschwerden vor.

Mit einer Polemik zwischen Herrn Götzein und dem Grafen Kanitz über die deutsche Wirtschaftspolitik ging der letzte Sitzungstag seinem Ende entgegen.

Heeringen, Winterfeld und der preussische Landtag.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde wieder einmal über die bekannte Landtags-Gartengeldichte verhandelt, und es wurde der Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, ein an das Abgeordnetenhause angrenzendes Grundstück von der Heeresverwaltung zu erwerben, sowie den gesamten Baublock, auf dem sich der Landtag und verschiedene ministerielle und staatliche Gebäude befinden, dauernd für Reichs- und Staatszwecke zu sichern. In der Debatte erklärte Genosse Hoffmann gegen den Antrag an sich nichts zu haben, weil er ja nun das Abgeordnetenhause davor bewahren wolle, ganz eingebaut zu werden. Wohl aber protestierte er auf das schärfste gegen die etwaige Absicht, die Kosten der Schiebungen des Kriegsministeriums mit dem Bankdirektor von Winterfeld den preussischen Steuerzahlern aufzubürden. Für diesen Fall kündigte Hoffmann, der wieder ein neuerliches Kammergerichtsurteil über die Qualitäten des Herrn v. Winterfeld verlas, die Veröffentlichung von erdrückendem Beweismaterial an. Zu bemerken ist, daß der dem Landtag vor einigen Monaten vorgelegte Nachtragsetat von etwas über 6 Millionen Mark für diese Grundstücks-erwerbung infolge der Zurückziehung der betreffenden Titel des Reichsmilitäretats erledigt ist.

Die Reichseinnahmen im Jahre 1912.

Die Erträge der Reichseinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren haben im Rechnungsjahr 1912 erbracht: die Zölle 730,1, Tabaksteuer 11,0, Zigarettensteuer 35,4, Zuckersteuer 148,5, Salzsteuer 61,1, Branntweinverbrauchsabgabe 186,3, Essigsaureverbrauchsabgabe 0,8, Schaumweinsteuer 10,9, Leuchtmittelsteuer 14,6, Zündwarensteuer 20,7, Poststeuer 126,4, Spielkartenstempel 2,0, Wechselstempel 20,0, Börsesteuer 87,8, Lottersteuer 49,1, Frachturkundenstempel 18,6, Personenzugkartensteuer 22,6, Kraftfahrzeugsteuer 4,1, Lantiensteuer 6,2, Scheckstempel 3,1, Grundstücksübertragungsstempel 37,4, Zuwachssteuer 20,0, Erbschaftsteuer 40,4, statistische Gebühr 2,0 Millionen Mk. — Die Gesamteinnahmen betragen demnach 1659,1 Millionen Mk. oder 45,1 Millionen Mk. mehr als im Haushaltsgesetz vom 18. Mai 1912 für die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren vorgesehen ist.

Der Tarif für die illustrierte Wehrnummer.

Der Berliner Korrespondent der Amsterdamer Zeitung „Handelsblad“ hat, so wird uns aus Amsterdam geschrieben, von einem der von der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ für ihre „Wehrnummer“ angemahnten Armeelieferanten die Mitteilung des Tarifs bekommen, nach welchem diese Firmen vom preussischen Kriegsministerium angespornt waren, in der „Wehrnummer“ Reklameaufsätze für ihre Betriebe zu inserieren. Für ein Feuilleton wurde pro Seite 900 Mk. berechnet; bei zwei Seiten bekam man 16 Proz. bei drei Seiten 15 Proz. Abzug. Für Inserate waren die Preise $\frac{1}{2}$ Seite 125 Mk., $\frac{1}{3}$ Seite 163,75 Mk., $\frac{1}{4}$ Seite 250 Mk., $\frac{1}{5}$ Seite 337,50 Mk., $\frac{1}{2}$ Seite 450 Mk., eine ganze Seite 900 Mk. Billig war also das gemäßigtere erzwungene Inserieren gemiß-

Besonders empfehlens- u. preiswerte Schuhwaren

in feineren, haltbaren Ledersorten, modernen, bequemen Paßformen, eleganten
Ausführungen unter Garantie der Haltbarkeit

für Damen 6⁹⁰ 7⁷⁵ 8⁷⁵ 9⁷⁵ 10⁷⁵ 12⁷⁵ 14⁷⁵ 16⁷⁵
für Herren 7⁵⁰ 8⁷⁵ 10⁷⁵ 12⁷⁵ 14⁷⁵ 16⁷⁵

Reichhaltigste Auswahl in Damen-**Halbschuhen** in neuesten Formen und Ausführungen, sowie Kinderstiefeln, schwarz und farbig, zu bekannt billigsten Preisen in dauerhaften Qualitäten.

3480

Schuhwarenhaus Auguste Popp, Breite Straße 7.

Kaufhaus Max Kankel Schlutup.

Für das kommende Pfingstfest halte in neuer großer Auswahl empfohlen:

Herren-Anzüge von 15.00 anfangend bis 42.00 Mk.
Jünglings-Anzüge von 10.00 anfangend bis 27.00 Mk.
Kinder-Anzüge in allen Größen und Preislagen.
Knaben-Waschblusen von 68 Pfg. an.
Herren-Schnür- und Zugstiefel von 5.45 bis 16.00 Mk.
Braune Herrentiefel, mod. Form, 9.85, 11.90, 13.50 Mk.
Damen-Stiefel, schwarz u. Braun, 5.90 bis 13.00 Mk.
Damen-Halbschuhe m. Lack, schwarz und braun, 5.45, 6.90, 8.45 Mk.
Sandalen, Turuschuhe, auffallend billig.
Damen-Waschblusen in weiß und farbig, in enormer Auswahl von 1.95 bis 6.90 Mk.
Kuffenmittel u. Waschlappen von 85 Pfg. an.
Strohüte für Herren und Kinder.
Schwefel u. garnierte Mädchenhüte.
Gardinen Gardinen Gardinen neue Sendung, Meter von 33 Pfg. bis 1.60 Mk. (3463)

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wiededstr. 41 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (155)

Eimerbier-Verkauf

an den bekannten Stellen Kottwischstraße 15 und Brauerei

schon am Mittwoch statt. (3472)

H. Wilken,
Brauerei und Malzfabrik.

Für Herren:

Schnürstiefel, Boxe 7.90 bis 10.00 M., echt Boxcall 10.75 M., echt Boxcall II 12.00 M., Französisch Rannarbeit 14.75 M., Zug- und Schnallestiefel Box von 8.50 9.25 10.75 11.50 b. 13.50

Für Damen:

Schnürstiefel und -Schuhe in Boxcall und Chevreau, auch braun, von 4.75 bis 13.50 M.

Für Knaben u. Mädchen:

Schnürstiefel, Rindbox u. Boxcall, auch in braun
Größe 36-39 6.00 7.50 b. 8.50 M.
Größe 31-35 4.75 5.25 b. 7.25 M.
Größe 27-30 3.75 4.25 b. 5.50 M.

Für Kinder:

Sandalen in allen Größen von 21-30 31-35 36-42
3.00 3.50 3.90 M. an

Arbeits-Schnür-, Schnallen- und Zugstiefel vorrätig.

Heinrich Beckmann

3475 Reiterstraße 3.
Kattunmarken Reparaturwerkstatt

Verloren am Sonntag morgen in der Triftstraße ein Sandbeil. Da der Finder erkannt ist, erliche dasselbe wieder abzugeben; widrigenfalls wird Klage erhoben. Schwart, Allee 153. (3456)

Einige Huten **Kartoffelland** zu vermieten. (3481)
J. Kloth, Stockelsdorf.

Gebr. Endeneinrichtung
3122) Johannisstraße 63.

Glasscheiben aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4 M an. Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüntertor-Allee 13. — F. 808. (405)

Einzel-Möbel u. kompl. Möbel-Einrichtungen in allen Preislagen.

Kinderwagen und zusammenklapph. Sportwag.

Auf Teilzahlung

in kleinen wöchentl. oder monatlichen Raten

Elegante Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33,

I. Etage.

Gardinen, Bettfedern, Leib-, Tisch- und Bettwäsche

3477

Manufaktur-Waren, Kleiderstoffe u. Stiefel

Preislos, sondern stellt eine Übergangsbestimmung dar, die beschloffen werden kann. Es wird doch auch von Rabatt gesprochen. Das läuft auf das gleiche hinaus. ...

Senator Dr. Lienu glaubt, es handle sich bei dem Antrag Lwigigt um ein Ersuchen an den Senat; anders sei er nicht zu erledigen. ...

Aug. Rabe erucht, daß aus dieser Debatte die Lehre gezogen wird, das Budget nicht so im Handumdrehen zu erledigen. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Senator Dr. Lienu erklärt, einem dergleichen Antrag stehe nichts im Wege. ...

Nicht ersucht um Annahme des Bürgerausschuffantrags und bebauert, daß größere Kriegsschiffe im Hafen nicht aufgenommen werden können. ...

Grünau wiederholt seine Wünsche. Die geforderten Brücken kämen gerade Alt-Travemünde zugute, dem man aufhelfen wolle. ...

Neuner glaubt, daß später Dampfmaschinen seltener würden, wenn erst die Bahn Travemünde-Mendorf-Neustadt gebaut sei. ...

Der Wortführer ersucht die Redner, nicht alles zu wiederholen. Es seien noch 16 Anträge zu erledigen. ...

Im Streite um die besten Brücken reden noch Kröger, Senator Dr. Stoß, Henk, Böhs, Cuvic. ...

Senator Dr. Fehling warnt vor einer Lösung der Vorlage, wie sie Herr Cuvic antragsgemäß wünsche. ...

Kommissionsberatung wird abgelehnt, auch der Cuvische Antrag wird abgelehnt, angenommen dagegen der Antrag des Bürgerausschusses. ...

4. Antrag: Verbesserung der maschinellen Einrichtungen im Warmbadehause zu Travemünde. ...

5. Antrag: Erlass eines Nachtrags zu der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde und Gneversdorf. ...

6. Antrag: Weitere Inventarbeschaffung für Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses. ...

7. Antrag: Bewilligung von 21000 Mk. zum Ausbau der Werkstatt der Straßenbahn. ...

8. Antrag: Festhaltung der Gehälter für die Viehverleihhalle an der St. Lorenz-Brücke. ...

9. Antrag: Duittierung des Stadtkassenverwalters wegen seiner Geschäftsführung in dem Rechnungsjahre 1909. ...

10. Antrag: Neuregelung der Gehaltsverhältnisse des Registrators der Hanseatischen Seehandlung. ...

Die vier Anträge werden debattiert mit Zweidrittelmehrheit angenommen. ...

Die Sitzung wird auf den kommenden Montag vertagt. ...

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik in Oberschlesien. Die Zahl der Streikenden hat in den letzten Tagen beträchtlich zugenommen. ...

Zum Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Die Bergarbeiter halten maßvolle Forderungen. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Ich war manchmal erstaunt über das Essen, das die Frau dem Manne vorsetzte. Abgemattet von der Schicht und dem weiten Wege, sah er vor etwas Wassersuppe und Brühkartoffeln, ohne Fleisch, um seine Kräfte wieder aufzufrischen. ...

Kampfesweise des pommerischen Bauunternehmerverbandes. In Stolp streifen die Bauarbeiter. Als das terroristische Verhalten des pommerischen Bauunternehmerverbandes kürzlich im Reichstage zur Sprache kam, nahm der konservative Abgeordnete v. Wenden die Terroristen in Schutz. ...

An die Maurer Rehm und Steinke! Bei Ihrem Eintritt in meine Arbeit haben Sie mich ausdrücklich versichert, daß Sie nicht der sozialdemokratischen Partei angehören und mit dem gegenwärtigen Maurerstreik in Stolp nichts zu tun hätten. ...

Dieser Agrarier, der von Höflichkeit und Anstand gegen Arbeiter nicht angefränktelt zu sein scheint, zeigt sich hier als willfähriger Helfer der Herren Scharfmacher, um auf die von ihnen beliebte Art und Weise für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. ...

Immer wieder Unternehmerterroristen! Die Arbeiter der Wilhelmshütte in Altwasser in Schlesien hatten schon seit längerer Zeit eine Verkürzung der bisherigen 60stündigen Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung gefordert. ...

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Berlin, den 9. April 1913. Rundschreiben No. 58 pro 1913. Bei der Firma Wilhelmshütte, Altwasser i. Schl., haben am 5. April 1913 die in der Anlage aufgeführten Arbeiter infolge einer vom Deutschen Metallarbeiterverband eingeleiteten Lohnbewegung die Kündigung eingereicht. ...

Zu einer beilegenden Liste mit dem Vermerk "Zu Nr. 58 pro 1913" sind die Namen nebst Angabe der Streikenden bzw. welche gekündigt haben, aufgeführt. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Arbeitskampfe im Gärtnereigewerbe. In Solingen endete die Bewegung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. ...

Damenhüte, Kinderhüte

garniert und ungarniert

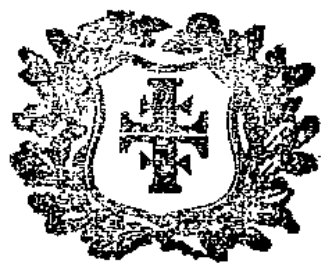
in vorzüglichster Ausführung kaufen Sie am vorteilhaftesten im
Spezial-Haus für Damen- und Kinderputz

D. Wagner

Holstenstraße 8.

Holstenstraße 8.

(3483)



Arbeiter-
Turn-
Verein
Lübeck.

Abmarsch zur Malseier präzise
1 1/4 Uhr vom Vereinslokal, Gunde-
straße 41. (3478)

NB. Weißer Anzug.

Der Turnwart.

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsgen.

Abmarsch zum Sammelplatz
mittags 1 1/2 Uhr präzise vom Ge-
werkschaftshaus. (3467)

Der Vorstand.

Achtung!

Verband d. Gemeinde-
und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Am Donnerstag, dem 1. Mai,
präzise 1 1/4 Uhr Abmarsch vom
Gewerkschaftshaus, Johannisstraße,
nach dem alten Bahndamm.

Ferner machen wir darauf auf-
merksam, daß unsere Mitglieder-
Versammlung nicht am Freitag,
dem 2. Mai, sondern am Donner-
stag, dem 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr
stattfindet. (3479)

Der Vorstand.

Stockelsdorf und Umgeg.

Malseier

am 1. Mai 1913.

Nachmittags 3 Uhr:

Umzug durch den Ort.

Nachdem

Konzert, Festrede u. Ball.

Anfang des Balles 7 Uhr.

Festrede 9 Uhr.

Aufstellung der Gewerkschaften
und Vereine 2 1/2 Uhr.

NB. Die Jackenburger Liedertafel
und Turnverein werden hiermit
eingeladen. (3468)

Das Komitee und L. Paetau.

Konzerthaus
Zauberilöte.
Heute u. morgen große
Abschieds-Konzerte der
Kroatischen Damen-Kapelle
„Wjera“ 5 Damen
2 Herren
Donnerstag, d. 1. Mai:
Neue erstkl. Damen-Kapelle!
Elite-Damen-Orchester
„Rigoletto“ 6 Damen
1 Herr.
Eintritt gänzlich frei!!

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 29. April 1913.
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
187. B. i. Volksh. 31. B. i. Dienstag-N.

Die fünf Frankfurter

Antipiel von C. Köpfer. Darauf:
Die schöne Galathe
Kom. myth. Oper von F. v. Suppé.
Schauspielpreise.

Mittwoch, den 30. April 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Außer Abonn. Einheitspreis 1 Mk.
Sonder-Vorstellung.

Die Schiffbrüchigen

Schauspiel von Grieg.
Die Plätze werden an der Tages-
und Abendkasse ausgelost.
Kindern unter 14 Jahren ist der
Zutritt nicht gestattet.

Donnerstag, den 1. Mai 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
188. B. i. Volksh. 31. B. i. Donn.-N.

Der Troubadour.

Oper von G. Verdi. (3462)
Abschieds-Vorstellung für Fel.
Signe Karell und Herrn Carl Axel
Holmquist. Overtüre.

In Vorbereitung: „Der Wä-
dewigen Jähmung“. Oper v. Ge.

Bienenfleiß

konkurriert nicht mit Kunsthonig
sondern mit echtem Bienenhonig.

Karl
Hauer & Co.
Wailhalb-
insel.
Fernr. 891



Gegen Gutscheine bis Ende 1914
auf 20 Pfg. 1 ff. Double- oder
elastisierte Damen-Uhrkette
20 usw.
Schumann u. Wille, Wittenberge.

Frühstücks-Lokal
St. Lorenzhalle
(auch Mittagstisch)

Ich übernehme in geistl. Erinnerung
Franz Langer.

Am Himmelfahrtstage,
dem 1. Mai 1913,
die Malseier hatte meine
Kassisten bestens emp-
fahlen. (3475)

Schwartau, R. Pinkert.

Öffnung der Fahrten

Stierdamm — Schwartau

am 1. Mai (Himmelfahrtstag)
laut Fahrplan.

Neue Hafenfähre

G. m. b. H.

Verkaufsstellen für Fahrscheinhaber:
H. Kayser, Große Straße 21.
Tropkau, Kollmannstraße 11.
Vogt, Schützenstraße.
I. Sletz, Stierdamm 4.
Niemeyers, neben Bremerstraße 39.
Kreutzfeld, Bremerstraße 123.
Brincker, Schützenstraße 2.
S. Wolf, Stierdamm 4.
St. Wendt, Bremerstraße 21.
Kantoni, Halbfater, Schwartau
am Kontor, Bremerstraße 30.

Achtung!
Deutscher

Arbeiter-Verbd.

Abmarsch zur Malseier präzise
1 1/4 Uhr vom Gewerkschaftshaus.
Die Beteiligung aller Mitglieder
ist Pflicht.

Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung!
Jugendabteilung des
Arbeiterverbandes

Zusammenkunft

Mittwoch, d. 30. April
abends 8 1/2 Uhr

Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50-52

Die Jugendabteilung

Öffentliche politische Versammlungen.

Am 1. Mai

finden folgende

Volks-Versammlungen

statt:

Lübeck vormittags 11 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Referent: Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, Berlin.

Schlutup vormittags 11 Uhr
im Gasthaus zur Linde.
Referent: Redakteur P. Löwigt, Lübeck.

Travemünde nachmittags 6 Uhr
im Kolosseum, Torstr.
Referent: Reichstagsabg. Theod. Schwartz.

Kücknick nachmittags 7 Uhr
im Saale des Herrn Dieckelmann.
Referent: Arbeitersekretär F. Mehrlein, Lübeck.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Massenbesuch erwartet

Das Malseier-Komitee.
W. Bromme, Lübeck, Johannisstraße 50.

3464

Jahn (RP.): Was Herr Haase über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion gesagt hat, kann man in gewisser Weise unterschreiben. Aber wie verträgt sich mit dieser Duldung, die Sie hier in Ihrem Programm proklamieren, daß Sie öffentlich überall zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche auffordern? (Schallendes Gelächter h. d. Soz.)

Jahn (RP.): Begründete einen Antrag auf Wiedereinstellung des in der zweiten Lesung gestrichenen sechsten Reichsanwaltes.

Heine (SD.): Wir lehnen die Stelle keineswegs aus Sparhamtsgründen ab, und wir erkennen auch an, was Kollege Jahn über das Wachsen der Arbeitslast am Reichsgericht sagt. An unseren Gründen, aus denen heraus wir die Stelle ablehnen, hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Die Reichsanwaltschaft ist eine Behörde, der gewiß mehr Unabhängigkeit zu wünschen ist, aber sie hat auch das Maß von Unabhängigkeit, das sie jetzt hat, im Fall Liebknecht vermissen lassen. (Zuruf h. d. Soz.: In anderen auch!) Wir haben zu ihr kein Vertrauen. Mag sie einmal mehrere Jahre zeigen, daß sie auch anders kann und dann wiederkommen. (Beifall h. d. Soz.)

Dr. Jund (RP.) und **Dr. Müller-Meinungen (VP.)** bitten das Zentrum, gerade im Hinblick auf diese unsachliche Begründung den sechsten Reichsanwalt zu bewilligen.

Dr. Haase (SD.): Wir treiben keineswegs Verbergungspolitik, sondern lassen uns von durchaus sachlichen Gesichtspunkten leiten. Je mehr Staatsanwälte amtierend, desto mehr häufen sich die Prozesse. Schon jetzt ist jeder fünfte Mensch in Deutschland bestraft. Wir sollten dafür sorgen, das Institut der Staatsanwaltschaft zu beseitigen und haben gar keinen Anlaß, es noch zu vermehren.

Die auf Antrag Jahn namentliche Abstimmung ergibt die Aufrechterhaltung der Streichung des sechsten Reichsanwaltes mit 177 gegen 118 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Personlich bemerkt
Liele (SD.): Ich bin nicht wegen Gotteslästerung, sondern wegen Pfarrerbeleidigung verurteilt worden, und vorläufig ist der Pfarrer noch nicht der liebe Herrgott.

Der Etat wird bewilligt.
Beim Etat des Reichsjustizamtes wird die Streichung der Ostmartenzulage für den Stationskontrollleur in Posen in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 114 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen aufrecht erhalten.

Beim Etat des Reichseisenbahnamtes klagt **Haubert (SD.),** daß das Eisenacher Oberland durch Eisenbahnen nicht aufgeschlossen wird. Die preussische Eisenbahnverwaltung verweigert sich leider der Notwendigkeit, den Verkehrsbedürfnissen der Industrie und Landwirtschaft entgegenzukommen. Das Reichseisenbahnamt hat die Pflicht, die preussische Eisenbahnverwaltung auf diese Notwendigkeit hinzuweisen. Würden die thüringischen Kleinstaaten preussisch sein, so würde man sich ihren Wünschen gegenüber kaum so ablehnend verhalten. Wir Thüringer, die sowieso schon unter einem starken Parasitentum zu leiden haben, müssen mit aller Entschiedenheit den unbilligen Ungerechtigkeiten der preussischen Eisenbahnpolitik entgegenzutreten. (Bravo! h. d. Soz.)

Dr. Wendorf (VP.): Vor allem sollte man den Gedanken einer Reichseisenbahnbetriebsgemeinschaft näher treten. Auch gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahngewerkschaften sollte man sich nicht so ablehnend verhalten. (Zustimm. links.)

Ulrich (SD.): Die Kleinstaaten haben ganz außerordentlich über den größten Eisenbahnbauer, über Preußen, zu klagen. Das Reichseisenbahnamt sollte die Auffassung über seine Aufgaben erweitern und nicht erst Klagen abwarten, sondern jenseits auch ohne Anregung von außen sich darum kümmern, ob die Verhältnisse den Bedürfnissen des Verkehrs auch wirklich entsprechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Zu den früheren Klagen gesellen sich bei uns in Hessen wieder neue, so daß eine Revision des preussisch-hessischen Eisenbahnvertrages dringend notwendig erscheint. Leider enthält der Vertrag keine Kündigungs-klausel, so daß er für die Ewigkeit geschlossen erscheint. Die Revision des Vertrages ist aber unbedingt notwendig, denn Hessen ist danach absolut nicht in der Lage, für eine Verbesserung seiner Eisenbahnverhältnisse selbst zu sorgen.

Preußen erfüllt nicht einmal die Bestimmungen des Vertrages. Ohne Verständigung mit Hessen hat man Offenbach eine ganze Menge Züge genommen, indem man sie einfach durchgehen läßt. Hier muß das Reichseisenbahnamt eingreifen, zumal man eine Umleitung der Züge um Offenbach vorgenommen hat, die nach dem Urteil von Sachverständigen für die Betriebssicherheit große Gefahren in sich birgt. (Hört, hört! bei der Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp: Eine Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahngewerkschaften kann nur von den Einzelstaaten, nicht vom Reich vorgenommen werden. Die Zahl der Betriebsunfälle ist beständig zurückgegangen. Die weiteren Ausführungen des Redners über den hessischen Vertrag bleiben auf den Tribünen im Zusammenhang unverständlich.

Ein mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter: Die mecklenburgischen Gehälter der Eisenbahngewerkschaften entsprechen den einfachen ländlichen Verhältnissen Mecklenburgs und sind daher im Durchschnitt natürlich geringer, als die durchschnittlichen Gehälter in Preußen. (Lachen links.)

Ulrich (SD.): Wir Hessen wollen als gleichberechtigt behandelt werden, nicht als minderberechtigt. Herr Wackerzapp ist doch nicht hier, um nur preussische Interessen zu vertreten. Vor allem sollte aber unser hessischer Bundesratsbevollmächtigter anwesend sein, wo so wichtige Interessen des Landes verhandelt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Etat wird bewilligt.
Beim Etat des Allgemeinen Pensionsfonds bemerkt der

Sächsischer Generalmajor v. Weißdorf: Der Abg. Erzberger bemängelte bei der zweiten Lesung die Pensionierung eines Staatsapothekers wegen Schwerhörigkeit, weil derselbe nachher noch in einem Konzert mitgewirkt habe. Schwerhörigkeit schließt doch nicht aus, daß man Geige spielt. (Gr. Heiterkeit.) — Gegen den Vorwurf des Kasernenhof-tones, den der Herr Abgeordnete mir machte, muß ich entschieden Verwahrung einlegen.

Vizepräsident Dove: Der Abg. Erzberger sagte nur, auf dem Kasernenhof kann man Weichwerden in der Weise abtun. Das sagte ich so auf, daß man dort auf Weichwerden nicht einzugehen braucht. In diesem Zusammenhang war der Ausdruck durchaus parlamentarisch.

Erzberger: Die Auffassung des Herrn Präsidenten ist völlig zutreffend. Im übrigen gehe ich auf die Häufung von Verlegenheitsausreden des Bundesratsvertreters nicht weiter ein, sondern halte aufrecht, daß Leute nicht dann Pensionen bekommen sollen, wenn sie Konzessionen in der Tasche haben. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt.
Postetat.

Schulz (Rp.) bittet dringend, die Ostmartenzulage für die Postbeamten zu bewilligen. (Lebh. Bravo! rechts.)
Staatssekretär Kraetke schließt sich diesem Appell an.

Giesberts (Z.) tritt dafür ein, daß die Stellung der Oberpostkassierer eine Beförderungsstelle für die Unterbeamten bleibt.

Zubeil (SD.) verlangt Mehreinstellung von Landbriefträgern: die Landbriefträger haben so viel zu schleppen, daß sie manchmal aussehen, wie Badesel. Die unteren Beamten empfinden das im Reichstag gesprochene Wort, sie werden wie Heloten behandelt, als Wahrheit. Dienstfreudigkeit erzielt man bei ihnen nicht, sondern Knechtsinn, Unzufriedenheit, Verdrossenheit. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der „Hamburger Volksassistent“ schreibt, man könnte mit Hoffmann v. Fallersleben ausrufen: „Ist denn gar kein Weg, in denn gar kein Steg, der uns führt aus dieser Sklaverei.“

Veit-Heidelberg (Nat.) empfiehlt den von allen Parteien gestellten Antrag, der den Posthilfsbeamten und den nicht etatsmäßigen Beamten eine Aufbesserung ihrer Bezüge bringt.

Der Etat wird mit den durch obigen Antrag bedingten Änderungen bewilligt, die Streichung der Ostmartenzulage wird in namentlicher Abstimmung mit 76 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen aufrecht erhalten.

Die Stats der Reichsbauerei und der Reichseisenbahnen werden debattelos bewilligt, ebenso die übrigen Stats und das Staatsgesetz.

Präsident Kämpf ruft den Abg. Ulrich nachträglich wegen seiner Äußerung gegenüber dem hessischen Bundesratsbevollmächtigten zur Ordnung.

Der Etat wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 2 Uhr. (Kleine Anfragen, Petitionen.) Schluß 9 Uhr.

Aus der Partei.

Ein aufgehobenes Urteil. Vor einiger Zeit hatte das Schöffengericht in Saalfeld in Thüringen den Genossen Redakteur Jörn vom „Saalfelder Volksblatt“, der den Vorführer der Meiningener Ortsgruppe des Jungdeutschlandbundes, Major Lacroix, durch eine Notiz beleidigt haben sollte, freigesprochen. Die vom Amtsanwalt hiergegen eingelegte Berufung hatte zur Folge, daß die Strafkammer in Rudolstadt das freisprechende Urteil aufhob und den Genossen Jörn zu zwei Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilte. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Verbotene Maiumzüge. Die Polizeiverwaltung in Düsseldorf hat den vom Vorstand des sozialdemokratischen Vereins beantragten Maiumzug wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. Diese „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ glaubt man darin erblicken zu können, daß bei dem lebhaften Straßenverkehr am Himmelstags die Demonstration von weiten Bevölkerungsschichten (?), zumal bei den starken politischen Gegensätzen, als provokatorisch empfunden würde und Zusammenstöße zu befürchten seien. Sodann glaubt die Polizei die gute Stadt Düsseldorf auch dadurch gefährdet, daß „nach dem Aufrufe des Parteivorstandes die in den letzten Jahren im kleineren Maßstabe veranstaltete Maifeier in diesem Jahre, soweit erkennbar, als Massenfundgebung gegen das preussische Wahlrecht und gegen die Heeresvorlage geplant ist.“ In den Nachbarorten Düsseldorf scheint man in dieser Frage weniger ängstlich zu sein, als die Düsseldorfer Polizei. In Benrath, Hilden und Ratingen sind die Maiumzüge genehmigt worden. Der Bürgermeister von Artern (Bez. Halle a. S.) verbot den Umzug mit der allgemeinen Lebensart, daß es sich bei der Maidemonstration um „eine Provokation der bürgerlichen Gesellschaft handelt, wodurch leicht Ausschreitungen entstehen.“ Ganz ähnlich scheint der Bürgermeister von Könnern im Saalkreis über seine Bürger zu denken. Er verbot für dieses Jahr den Umzug, weil die große Menschenmenge den Verkehr stören und auch auf weite Kreise beunruhigend und erregend wirken wird. Wenig Kopfschmerzen hat dem reichsverbändlerischen Bürgermeier von Eilenburg, Dr. Belian, das Verbot gemacht. Ein einziger Satz, in dem behauptet wird, daß die Bevölkerung beunruhigt und erregt würde, genügt zum Verbot des reichsgesetzlich erlaubten Umzuges.

Die Justiz in Oesterreich. Der tschechow-slawische Sozialdemokrat Joseph Jirout hat im Juli v. Js. in einer Versammlung die jungen Leute, die im Herbst darauf zum Militär ausgehoben werden würden, aufgefordert, wenn ihnen als Soldaten die Waidwaffe gegen Streikende in die Hand gedrückt werden würde, sich des fünften Gebotes, „Du sollst nicht töten!“ zu erinnern. Der Mann wurde angeklagt und wegen Aufforderung von Militärpersonen zum Ungehorsam zu drei Monaten schweren Kerker verurteilt. — Infolge der eingelegten Revision hat sich nun der oberste Gerichtshof mit der Angelegenheit beschäftigt. Er hat zwar eine Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam nicht annehmen können, weil ja die Zuhörer noch nicht Militärpersonen waren, er hat aber die Äußerung als Anpreisung von ungegesetzlichen Handlungen beurteilt und eine Strafe von sechs Wochen Arrest verhängt. Hier wird also ein Mann sechs Wochen sitzen, weil er zur Befolgung eines göttlichen Gebotes aufgefordert hat!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Erstklassig!
Unsere
„Marine“
2 Pfg.
CIGARETTE



Georg A. Jasmatzi Akt. Ges.
Dresden
Größte deutsche
Cigarettenfabrik

Wolter-Bräuerei
Lübeck
Arnimstraße. Fernsprecher 693.
Lager-Bier
in Flaschen und Gebinden.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Lübeck.

Achtung! Mitglieder!
Am 1. Mai sammeln sich unsere Kolleginnen und Kollegen im Klublokal von **Gustav Ehlers, Hüßstraße.**
Abmarsch in geschlossenem Zuge nach dem alten Bahndamm 1 1/2 Uhr.
Jeder ist verpflichtet, sein Buch zur Kontrolle abstempeln zu lassen.
Niemand darf fehlen! **Hoch der 1. Mai!**
Der Vorstand.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeschäft **Hüßerg. 52.** (184)
Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt **J. H. Stooß, Engelsgrube.** (185)